

Verwaltungsvorlage undemokratisch und am Ziel vorbei

Osnabrück. Die Fraktion DIE LINKE. hat die Verschiebung der Vorlage „Rahmenvorgabe für die Baulandentwicklung“ aus dem nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil der heutigen Ratssitzung gefordert. „Das hier gezeigte Verfahren der Verwaltung der letzten Wochen verurteilen wir zutiefst.“, betont Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz das Vorgehen. Weiter: „Eine derart wichtige Vorlage für die Bevölkerung mal eben so im nichtöffentlichen Teil durchzusetzen, entbehrt jeglicher rechtlichen Grundlage und ist vor allem unter demokratischen Gesichtspunkten skandalös.“

Die „Rahmenvorgabe für die Baulandentwicklung“ stand bereits in der letzten Ratssitzung am 30.05.2017 auf der Tagesordnung im öffentlichen Teil, wurde aber auf Grund von weiterem Beratungsbedarf abgesetzt. In der Sommerpause wurde von Seiten der Verwaltung die Vorlage überarbeitet und nun auf die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung gesetzt – allerdings im nichtöffentlichen Teil.

Diese Vorlage ist nicht nur wegen des Vorgehens, sondern auch inhaltlich für die Fraktion DIE LINKE. untragbar. „Diese Vorlage unterstützt nicht das Ziel bezahlbaren Wohnraum für die Bevölkerung zu schaffen.“, kommentiert Giesela Brandes-Steggewentz.

Das Ziel bis 2020 3.000 neue Wohnungen zu schaffen ist richtig und wichtig um das Angebot auf dem Wohnungsmarkt zu erhöhen. Alleine mit neuen Wohnungen ist jedoch noch kein bezahlbarer Wohnraum erreicht. Hinzukommend nimmt die Zahl der Sozialbindungen bis 2030 dramatisch ab. Zeitgleich steigt die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen.

Die Reduzierung der Quoten für Sozialwohnungen ist für DIE LINKE. nicht tragbar. Giesela Brandes-Steggewentz erinnert an die Position des Runden Tisches Kinderarmut, wobei eigentlich jede zweite Neubauwohnung sozial gebunden sein sollte. „Wir stimmen keinem Kompromiss zu Lasten der Menschen mit geringeren Einkommen zu.“, stellt Giesela Brandes-Steggewentz klar. Weiter: „Zu diesem Thema bedarf es einer öffentlichen Diskussion und nicht eine Aufweichung des Handlungsprogramms „Bezahlbarer Wohnraum“ durch die Hintertür.“

Linksfraktion fordert kommunale Wohnungsbaugenossenschaft

Die Rücknahme des Beschlusses zur Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft war für DIE LINKE. ein schwerwiegender Fehler. „Wenn private Investoren ihre Renditeansprüche nicht mit der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für die Bürger*innen dieser Stadt in Einklang bringen können, dann müssen wir als Kommune hier selber aktiv werden.“, merkt Brandes-Steggewentz an.

„In der aktuellen Situation zeigt sich das Marktversagen zur Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen – die andauernde Diskussion um die Senkung der 30 % Quotierung zeigt deutlich die Unfähigkeit der privaten Investoren für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen“, äußert sich die Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Stadtrat weiter. Daher fordert Giesela Brandes-Steggewentz eine neue Debatte um kommunale Wohnungsbaugenossenschaften: „Wenn private Investoren aufgrund ihrer Renditeerwartungen die Schaffung von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten für Menschen mit niedrigen Einkommen nicht ermöglichen können, dann muss die Idee einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft oder Wohnungsbaugenossenschaft wieder auf den Tisch!“.

In einem Änderungsantrag zur heutigen Ratssitzung legt die Linksfraktion im Stadtrat Osnabrück dar, welche Punkte erforderlich sind um tatsächlich bezahlbaren und sozialen Wohnraum in Osnabrück zu schaffen:

- 1) Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft/-genossenschaft.
- 2) Quote von 50 % an sozial gebundenen Wohneinheiten bei allen zukünftigen Bauvorhaben.
- 3) Maximale Nettokaltmiete in Höhe von 5,60 €/m² für sozial gebundenen Wohnungen.
- 4) Barrierefreie Zugänge zu den Wohnungen und eine Quote von 20 % an barrierefreien Wohnungen im Innenausbau.
- 5) Unterstützung und Förderung alternativer Wohnkonzepte, wie Gemeinschaftliches Wohnen und Bauwagenplätzen.
- 6) Energetische Mindeststandards im Sinne des KfW-Effizienzhaus 55 Standards für alle zukünftigen Wohngebäude.
- 7) Orientierung an den Erkenntnissen aus dem Stadtklimagutachten 2017 bei der Ausweisung von Bauland und der Gestaltung von Bauprojekten.
- 8) Forderung an die Landes- und Bundespolitik einen grundsätzlichen Wandel in der Wohnraumpolitik anzustreben und entsprechende Förderprogramme dem Bedarf vor Ort anzupassen. Weiterhin Wohneigentum für Familien mit Kindern besonders zu fördern.

Die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz dazu: „Mit der Verwaltungsvorlage würden wir einen Rückschritt in der Wohnraumpolitik eingehen und zukünftig vor allem den Bau von privaten Wohneigentum fördern. Dies alleine reicht aber nicht aus um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen - wir brauchen vor allem sozial gebundene und bezahlbare Mietwohnungen. Hierfür bedarf es einer öffentlichen Diskussion zur Wohnraumpolitik in Osnabrück und einen Richtungswandel auf Landes- und Bundesebene.“